

## Zeit und Ruhe in der Adventszeit

wünschen wir allen Leserinnen und Lesern unseres POLIZEISPIEGELS, all unseren Mitgliedern, Freunden der DPoIG, unseren Verhandlungs-, Gesprächs- und Wirtschaftspartnern sowie deren Angehörigen.

### Mit unseren Wünschen für ein frohes und gesegnetes Weihnachten

verbinden wir unseren Dank für die Treue, den großen Zuspruch und das Vertrauen, welches unseren ehrenamtlichen Mandatsträgern wie auch den Beschäftigten unserer Landes- und Bundesgeschäftsstelle erneut entgegengebracht wurde.

### Erst am Ende eines Jahres weiß man, wie sein Anfang war

*(Friedrich Nietzsche)*

Wir, die Beschäftigten der Polizei, haben auch 2016 erneut sehr viele dienstliche und persönliche Ereignisse durchlebt, die oft erst am Ende des Jahres eine entsprechende Bewertung erfahren können.

Eines aber steht fest: Die Polizeibeschäftigten blicken auf ein arbeitsintensives Jahr zurück, welches, oftmals über die persönlichen Belastungsgrenzen hinaus, erneut eine Steigerung erfahren hat.

Wir sind auch Bürger und Teil dieses Staates, weshalb auch

unsere Familien auf die Sicherheit und das Engagement der Kolleginnen und Kollegen angewiesen sind. An dieser Stelle gilt ihnen ein herzliches Dankeschön für diesen unermüdlchen Einsatz. Einen Einsatz, der meist unter erschwerten Bedingungen und unzureichender materieller Ausstattung und meist ohne die erforderliche personelle Unterstützung geleistet werden musste.

Wir blicken auch auf viele traurige Ereignisse zurück, die uns berührten und nahegingen. Wir denken an Kolleginnen und Kollegen, die wir im Dienst und außerhalb des Dienstes verloren haben. Und wir sind mit unseren Gedanken bei den Familien und Hinterbliebenen und hoffen, dass die Gedanken an schöne Momente und Begegnungen überwiegen.

### Wir wünschen einen guten Rutsch und ein gutes, gesundes Jahr 2017,

in dem wir vor größeren Schadensereignissen, Terrorgefahren, Gewalt, Leid und Trauer bewahrt bleiben.

Und wenn wir ein gesundes Jahr wünschen, dann wollen wir an dieser Stelle an all diejenigen Kolleginnen und Kollegen denken, die im Dienst verletzt wurden und deren Körper und Seele Schaden genommen haben. Auch an alle, die erkrankt waren und sind, denen wir auf diesem Weg schnelle Genesung wünschen.

Dabei gilt auch in diesem Jahr ein besonderer Dank unserer DPoIG-Stiftung, die in vielen Fällen Hilfe leisten konnte, mit eingeschlossen alle Freunde und Freundinnen der Stiftung, die mit ihrem Wirken und Zutun diese Stiftung tragen.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die an den Feiertagen ihren Dienst ausüben, wünschen wir alles Gute und verbinden damit die Hoffnung, dass ihnen dennoch Zeit bleibt, um gemeinsame Stunden mit Freunden und der Familie verbringen zu können.

Wir alle freuen uns auf das neue Jahr und hoffen auf viele positive Begebenheiten. Gerne stehen wir Ihnen auch im kom-



> Ralf Kusterer

menden Jahr mit unserer Gewerkschaftsarbeit wieder tatkräftig zur Seite, indem wir Ihre Interessen in der Politik, beim Innenministerium und bei den übrigen Behörden und Dienststellen sowie in den Personalräten vertreten, um Sie beim Erreichen Ihrer Ziele zu unterstützen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gemeinsam mit den Mitgliedern der Landesleitung und der Landesgeschäftsstelle von Herzen eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und ein gesundes und sicheres Jahr 2017.

Ihr

Ralf Kusterer

### Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger  
(V. i. S. d. P.)  
Schwabenstraße 4  
76646 Bruchsal  
Telefon 07251.5710  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 07 11/99 79 474-0  
Telefax 07 11/99 79 474-20  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830





# Wer hat an der Uhr gedreht?!

von Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender

Willkommen in der Weihnachtszeit. Besinnlichkeit und auch Dankbarkeit für dies und das sollte man jetzt zeigen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) tut sich leicht damit, vor allem gegenüber ihren vielen Mitgliedern, die die DPoIG zur mitgliederstärksten Gewerkschaft innerhalb der Polizei Baden-Württemberg gemacht haben.

Mit unseren politischen Entscheidungsträgern habe ich beim Danksagen so meine Schwierigkeiten. Obwohl viel getan zu werden scheint, passiert doch relativ wenig oder es dauert einfach viel zu lange. Immer öfters kommt es mir so vor, als ob unsere Verantwortlichen aus Politik und Polizeiführung der polizeilichen Wirklichkeit hinterherhinken, ja vielleicht sogar in einer anderen Zeit leben?!

Während uns die Einsatzlagen auf der Straße gnadenlos in Echtzeit begegnen, wir uns mit neuen Kriminalitätssphänomenen in digitaler und analoger Form und dem internationalen Terrorismus konfrontiert sehen, scheinen die Entscheidungsträger geradezu in SLOWMOTION darüber zu befinden, welche Maßnahmen medial gut ankommen könnten und gleichzeitig den Haus-

halt nicht über Gebühr belasten.

Nehmen wir die drei Antiterrorpakete, die durch Investitionen in Millionenhöhe neuste Ausstattung und Technik für die Spezialisten der Polizei, aber auch für die Erstkräfte des Streifendienstes bringen sollen. Ich überlasse Ihnen als Leser die Beantwortung der Frage, inwieweit diese Beschaffungen an der Basis angekommen sind. Immerhin sind die Überlegungen seit Januar 2015 (erstes Antiterror-Paket) schon so weit gediehen, dass man sich die Bundeswehr im Innern vorstellen könnte. Freilich nur dann, wenn die Polizei mit ihrem Personal und ihrer Logistik nicht mehr weiterkommt und ein landesweiter Katastrophenfall angenommen werden kann. Was für ein Armutszeugnis – wenn man die katastrophale Lage der Bundeswehr bedenkt!

Könnte die Polizei einen weihnachtlichen Wunschzettel an die zuständigen politischen Entscheidungsträger schreiben, würde sich dieser auszugsweise vielleicht so lesen:

*Sehr geehrte Damen und Herren, leider sind in den letzten Jahren die dringend erwarteten Geschenke ausgeblieben. Bitte entschuldigen*

*Sie den Begriff Geschenk, es ist aber zwischenzeitlich so, dass wir uns über die notwendigsten Dinge so sehr freuen, als wären es Weihnachtsgeschenke. Schließlich gibt es Präsidien, die bereits im Frühjahr eine Haushaltssperre für das laufende Jahr aussprechen müssen.*

*Im Wissen, dass auf Ihrem Schlitten nur begrenzt Platz vorhanden ist, beschränken wir uns wirklich auf das Nötigste: Ein paar mehr Einsatzhelme für den Streifen dienst, da die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei nicht überall sein können, wären prima. Vielleicht könnten Sie sich auch den Ausbildungszentren widmen und die Standards der polizeilichen Aus- und Fortbildung anschauen. Die Kreedetafel und 4-Bett-Zimmer gab es schon vor 40 Jahren. Vielleicht ist Ihnen schon zu Ohren gekommen, dass die Körperschutzausstattungen der Einsatzeinheiten in einem desolaten Zustand sind. Leider geht uns auch langsam das Klebeband aus, mit dem wir die Arm- und Beinprotektoren am Brustpanzer fixieren. Zum Glück stehen uns verlässliche Tarifbeschäftigte zur Seite, die aber viel zu wenig Anerkennung für ihre Leistungen erfahren und noch nicht einmal Mehrarbeitsstunden vergütet bekommen, auch wenn diese in direktem Zusammenhang mit Einsätzen entstanden sind.*



Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender

*Bitte haben Sie kein schlechtes Gewissen, falls Sie nicht alle unsere Wünsche erfüllen können. Ihre Vorgänger hatten dann immer Mogel-(Geschenk-)Packungen für die Polizei parat. Über die geschenkte Polizeistrukturreform freuen wir uns noch heute. Auch über das in der Schublade gebliebene und vor Fürsorge glänzende Päckchen, gefüllt mit Individualkennzeichnungsplätzchen.*

*Bitte täuschen Sie sich nicht im Hinblick auf die Altersstruktur bei der Polizei. Trotz anstehender Pensionierungswelle sind wir allesamt jung geblieben und freuen uns wie Kinder auf jede Ihrer Zuwendungen, die uns dienstlich weiterbringen. Falls Sie mehr Zeit für die Besorgungen benötigen, ist das zwar schade, aber kein Problem für uns – viele werden Ihre Lebensarbeitszeit entsprechend verlängern.*

Mit weihnachtlichen Grüßen,  
Ihre Polizeibesetzten



# Projekt Evaluation der Polizeireform – Beteiligung der Gewerkschaften

Die Evaluation der Polizei, vom Innenminister als „Eva“ Pol betitelt, ist in aller Munde. Eine Projektgruppe beschäftigt sich seit Anfang Oktober mit der Analyse. Großen Raum nimmt dabei die vom DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer geforderte und durchgesetzte Basisbeteiligung ein. Neben der Möglichkeit, dem Projekt einige Informationen und Hinweise unter dem Begriff „sag's EVA“ zu geben, gibt es eine Onlinebefragung „EVA fragt“. Hierzu hat die DPoIG über 250 Fragebeispiele übermittelt.

Das Projekt hat überdies der DPoIG eingeräumt, Ansprechpartner direkt in die Teilprojekte zu entsenden. Hiervon haben wir Gebrauch gemacht und die rechts in der Tabelle stehenden Kollegen benannt.

Die Beteiligung an den Projekten erfolgt unterschiedlich. Im Wesentlichen haben die DPoIG-Vertreter aber Zugang zu allen Informationen und werden

über die Arbeit und die einzelnen Arbeitsschritte in den Teilprojekten informiert. Darüber hinaus wirkten diese Ansprechpartner bei der Erstellung und Fertigstellung von Stellungnahmen der DPoIG mit.

Zum Jahreswechsel wird es über diese Beteiligung hinaus ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Lenkungsausschusses und dem DPoIG-Landesvorstand geben.

Die DPoIG will in ihrer Arbeit und Beteiligung alles daran setzen, dass die Meinung der Basis berücksichtigt wird. Nachdem bei der Erarbeitung und Umsetzung der Reform selbst keine Beteiligung der Kollegen (mit Ausnahme einiger Großveranstaltungen) stattfand, besteht jetzt die Möglichkeit, zumindest die Meinungen und Erfahrungen mit einzubringen und darzulegen.

In einer kurzen Bewertung machte Ralf Kusterer seine Er-

Struktur und Aufbau der Leitungen mit Stabsstellen, Referaten sowie Führungs- und Einsatzstäben	Uwe Ullrich
Struktur der Kriminalpolizei	Manfred Ripberger
Verkehrspolizeidirektionen	Thilo Marien
Direktion Reviere	Dieter Knolmar
Hochschule für Polizei Baden-Württemberg	Berthold Kibler
Polizeipräsidium Einsatz	Rainer Staib
Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei	Michael Haug

wartungen deutlich: „Wir hatten nie Zweifel daran gelassen, dass wir diese Reform nicht mittragen. Es gibt einige wesentliche Merkmale die man jetzt verändern sollte. Gleiches gleich, aber Ungleiches auch ungleich behandeln. Man muss zulassen, dass beispielsweise der ländliche Raum andere polizeiliche Strukturen aufweist als der städtische Bereich. Es macht wenig Sinn, zusätzlich kleine Präsidien und gleichzeitig neue große zu bilden. Die Präsidien sind teilweise mehr als überdimensioniert. Eine Anpassung ist dringend notwendig. Die Mindestgröße der Präsidien darf kein Dogma sein. Manchmal ist weniger mehr. Im Mittelpunkt muss die polizeiliche Arbeit stehen. Es darf nicht darum gehen, Personal einzusparen. Wer an der kurzen Decke zieht reißt andere Löcher auf. Im ersten Schritt können die beschlossenen 900 Neustellen im Polizeivoll-

zugsdienst dazu dienen, dringende Personalausgleiche zu schaffen und den Aufbau sinnvoller Strukturen, zu gewährleisten. Wichtig ist mir bei der Gesamtbetrachtung, dass man nicht von der angedachten Konzeption zur Polizeireform ausgeht, sondern die tatsächliche Umsetzung zur Kenntnis nimmt. Viele Bereiche sehen heute nicht so aus, wie sie angedacht waren. Auch das muss bewertet werden. Wer eine Aufgabe nicht bewältigen kann, ist nicht zukunftsfähig ausgerichtet. Das muss man ändern. Zufriedene und gesunde Beschäftigte sind unser wichtigstes Kapital. Im Übrigen kann manche Krankenschwester besser Blut abnehmen als mancher Ober- und Chefarzt. Wir sollten mehr auf den Sachverstand und die Erfahrung der polizeilichen Basis vertrauen als auf Management- und Steuerungselemente.“



> Uwe Ullrich



> Manfred Ripberger



> Thilo Marien



> Dieter Knolmar



> Berthold Kibler



> Rainer Staib



> Michael Haug

## Michael Haug im Dialog mit Jutta Niemann (MdL) zu sicherheitspolitischen Themen

Am 20. September 2016 traf sich der Landeschef der JUNGEN POLIZEI Baden-Württemberg, Michael Haug, mit der Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Jutta Niemann, aus seinem Heimatwahlkreis Schwäbisch Hall, um sich mit ihr über aktuelle sicherheitspolitische Themen auszutauschen.

Dabei thematisierte Haug neben der Struktur des Kriminaldauerdienstes die Schutzausstattung vor dem Hintergrund terroristischer Angriffe, die Einführung der Bodycam. Bei der Bodycam warb Haug für ein Prerecording, wobei dies auch



> Jutta Niemann und Michael Haug

MdL Niemann für unverzichtbar hält. Auch die Einstellungsoffensive und die damit verbundenen Auswirkungen wurden besprochen. Dabei

warb Haug dafür, im Norden Baden-Württembergs wieder einen dauerhaften Ausbildungsstandort zu schaffen. Ebenso warb er für eine Ver-

besserung der Unterbringungsstandards. MdL Niemann zeigte sich sehr überrascht, dass am Hochschulstandort Villingen-Schwenningen gerade einmal etwas mehr als 800 Polizeiunterkünfte für die erwarteten 1.300 Studierenden vorhanden sind. „Dies muss auf jeden Fall thematisiert werden, bevor die Studierenden in Villingen-Schwenningen auf der Straße stehen“, so Niemann.

Beide waren sich einig, dass das konstruktive Gespräch wiederholt werden muss, um sich über sicherheitspolitische Belange auszutauschen. ■

## Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag Baden-Württemberg, Andreas Schwarz, zu Besuch beim Kreisvorstand des KV Esslingen

Am 11. Oktober 2016 konnte der Kreisvorsitzende Adi Seiter den Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Andreas Schwarz, mit seiner persönlichen Referentin Carmen Tittel begrüßen, der trotz eines vollen Terminkalenders Zeit für die Polizeibasis fand.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde des Kreisvorstandes folgte die Diskussion über fachliche Themen.

**Personalsituation.** Seiter zeigte zunächst die Situation beim PP Reutlingen auf. Bis zum Jahre 2020 werden dort 400 Pensionsabgänge erwartet. Die Personalzugänge werden auf circa 60 Kollegen pro Jahr geschätzt. Das wäre ein Personaldefizit von 160 Stellen bis zum Jahr

2020. Gleichzeitig erhöht sich die Aufgabenfülle. So müssten die Flächenpräsidien unter anderem aktuell Personal für Maßnahmen im Rahmen des Antiterrorprogramms zur Verfügung stellen.

Herr Schwarz war mit dem Kreisvorstand einig, dass Personal an die „Basis“ sollte. Er verstehe unter erfolgreicher Polizeiarbeit einen guten Mix aus Polizeikontrollen, Präsenz und guten Regeln. Die Grünen möchten den bisherigen Weg fortschreiten durch Ausbau der Polizeistärke und Sachmitteln. Er betonte, dass für ihn die Polizei „der Garant der inneren Sicherheit“ ist. Trotzdem sollten Übungen mit der Bundeswehr im Rahmen der Terrorbekämpfung möglich sein.



> Andreas Schwarz und Adi Seiter

Die Polizei verfüge aktuell über 24.079 Planstellen. 300 Planstellen würden in den zukünftigen Jahren zusätzlich ausgewiesen werden.

Personelle Stärkung sieht Herr Schwarz insbesondere beim LKA und im Bereich

der Cyberkriminalität. Zweck dieser Stärkung soll die Verhinderung von Angsträumen sein. Weiterhin sollte die Kriminaltechnik ausgebaut werden und die Zusammenarbeit mit der Polizei anderer Bundesländer intensiviert werden.

**Entlastung von „polizeifremden“ Aufgaben.** Aus dem Kreisvorstand heraus wurde bemerkt, dass die Polizei viele Tätigkeiten in Amtshilfe, wie Vorführbefehle der Justiz, Ordnungswidrigkeiten-Ersuchen wie Geschwindigkeitsverstöße unter andere zu bearbeiten habe. Herr Schwarz wollte dieses Thema in seine Landesgremien mitnehmen und dort beraten.

Herr Schwarz erläuterte, dass noch im Oktober 2016 die Rechtsgrundlagen zur Einführung der Bodycam geschaffen würden.

**Beschaffung von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Taser) zum Einsatz bei den Streifendiensten.** Beispielhaft wurde hier ein Schusswaffeneinsatz in Filderstadt angeführt. Nach Ansicht im Kreisvorstand hätte beim Vorhandensein dieses Einsatzmittels das

Leben des polizeilichen Gegenübers gerettet werden können. Die traumatische Wirkung für die am Einsatz beteiligten Kollegen wäre somit auch geringer gewesen.

Herr Schwarz sagte eine vertiefende Erörterung dieses Themas bei einem anzustrebenden Gespräch mit der Landesleitung der DPoIG zu. Die anschließende Diskussion brachte jedoch unterschiedliche Gesichtspunkte zutage.

**Einschreiten gegen Personen mit psychischen Problemen.** Das Einsatzergebnis ist oft unbefriedigend, da im Endeffekt keinerlei Maßnahmen gegen solche Personen bejaht werden, weil eine akute Fremd- oder Eigengefährdung von anderen Behörden nicht bejaht wird. Die Akzeptanz des funktionierenden Staates bei der „normal denkenden“ Bevölkerung würde hier sinken.

Herr Schwarz sieht bei der Problematik auch keinen „Königsweg“. Der Schwerpunkt würde hier in der Zuständigkeit des Sozialministeriums liegen. Bei der Erörterung dieser Thematik müsste man auf dieses Ministerium zugehen.

Zum Thema „**Evaluation Polizeireform**“ sagte Herr Schwarz, dass die entsprechenden Gremien erst ihre Arbeit aufgenommen haben.

**Abschiebungen.** Der KV-Vorstand forderte, dass beim Nichtantreffen des Abzuschiebenden (der sich der Abschiebung entziehen will), unverzüglich ein „Abschiebehaftbefehl“ die Folge sein müsste.

„Wir können nicht alle aufnehmen“, so der Fraktionsvorsitzende zu diesem Thema. Er sprach sich für das Grundrecht auf Asyl aus und dafür, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten rasch

zu integrieren. Menschen ohne Bleibeperspektive und Personen aus „sicheren“ Herkunftsländern müssten rasch ausreisen oder zurückgeführt werden.

**Geheimabsprachen.** Adi Seiter fragte nach der Übertragung von zukünftigen Tarifabschlüssen auf Beamte. Herr Schwarz verwies auf das Ergebnis zum Länderfinanzausgleich und die Nettotonnullverschuldung, welche im Jahre 2020 eingehalten werden müsse. „Wir fahren auf Sicht und unterhalten uns später“, so der Fraktionsvorsitzende der Grünen zu diesem Thema.

Am Ende der Veranstaltung bedankte sich Adi Seiter bei Herrn Schwarz und Frau Tittel. Auch im nächsten Jahr ist ein Treffen des KV-Vorstandes mit ihrem Abgeordneten im Wahlkreis Kirchheim unter Teck vorgesehen. ■

## Innenminister a. D. Rech (CDU) bleibt seiner BePo Bruchsal treu – MdL-Nachfolger Hockenberger übernimmt Vermächtnis

Am 27. Oktober 2016 trafen sich im Philippsburger Löwenbräu der Kreisvorstand BePo Bruchsal mit Innenminister a. D. Heribert Rech und MdL Ulli Hockenberger, dem CDU-Abgeordneten des örtlichen Wahlkreises. Der KV-Vorsitzende Ingo Tecquert hatte auch den Leiter der BPD Bruchsal, den Leitenden Polizeidirektor Volker Erlewein, zu diesem Gespräch eingeladen. Ziel des Gesprächs war es zum einen, dem Abgeordneten die Besonderheiten des Standortes Bruchsal als „übriggebliebener gemischter Standort“ darzulegen und zum anderen, die Anliegen und Probleme, insbesondere der Bereitschaftspolizei, aus gewerk-

schaftlicher Sicht darzustellen und in die Politik zu transportieren.

Die DPoIG hatte sich schon vor Umsetzung der Reform für den Erhalt der gemischten Standorte der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Der damalige Staatssekretär und spätere Innenminister Rech war es, der 2003/2004 die Schließung der Polizeischule verhinderte. Eben gerade nach einem solchen Gespräch in Philippsburg.

Auch nach der organisatorischen Trennung gibt es unglaublich viele Synergien, die es zu erhalten gilt. Ein Ausbildungsstandort in Nordbaden



> Vordere Reihe v. l.: U. Hockenberger, I. Tecquert, R. Schlindwein, H. Rech  
Hintere Reihe v. l.: V. Erlewein, A. Schmitteckert, Ph. Hund

kann sich nur positiv auf die Bewerberlage auswirken. Am Beispiel der Bundeswehrkaserne in Bruchsal zeigte Tecquert auf, dass die Unterbringungssituation bei der Polizei sowohl

für die Auszubildenden als auch für die Einsatzkräfte nicht zeitgemäß und in keinerlei Hinsicht erwachsenengerecht ist. Bei der Bundeswehr geht der Trend von der Vier-Mann-Stube zum



Hotelstandard. „Mit Hotelstandard meint man Einzelappartements mit Nasszelle, Kühlschrank und Fernseher“, so der Presseoffizier. Und die Polizei? Hier geht der Trend in Richtung „Vier-Mann-Stube“.

Den Abgeordneten wurde verdeutlicht, dass für die operativen Einheiten der Bereitschaftspolizei die hohe Ein-

satztaktung, die fehlende Planbarkeit und die ständig wechselnden Arbeitszeiten eine erhebliche Belastung darstellen. Leider gibt es noch immer keine gesetzliche Grundlage für eine Erschwereniszulage. So paradox es klingt: Die Dienste bei der Bereitschaftspolizei sind zu unregelmäßig, um in den Genuss einer Zulage für

unregelmäßige Dienste zu kommen!

Beim Thema Zulage versetzte auch die Tatsache, dass es für die Angehörigen des Personenschutzes weder eine Zulage, noch Kleidergeld gibt, den Abgeordneten in Erstaunen.

MdL Hockenberger übernimmt das Erbe des gemisch-

ten Standortes BePo Bruchsal vom ehemaligen Innenminister Rech, der stets die Hand über den Standort hielt. Er versprach, sich für die besprochenen Belange und Probleme einzusetzen. Auf seine Anregung hin will man die Gespräche, die ihm wertvolle Informationen aus der Basis gebracht hätten, turnusmäßig fortzusetzen. ■

## Zerschlagung der Bereitschaftspolizei war ein großer Fehler!

# Jahreshauptversammlung KV BePo Bruchsal

„Unsere Schatzmeisterin Patricia Jörg kann ihren Rechenschaftsbericht nicht selbst vortragen. Sie hat heute Nacht um 2.06 Uhr entbunden. Mutter und Kind sind wohlauf!“ Mit diesen Worten begrüßte der Vorsitzende Ingo Tecquert die Anwesenden des KV BePo Bruchsal am 20. Oktober 2016 in den Bruchsaler Kantinenräumen.

sönlichen Gründen ihr Amt abgeben.

In seinem Rechenschaftsbericht informierte Tecquert über den aktuellen Mitgliederstand sowie Aktionen und Aktivitäten im Berichtszeitraum. Eine der großen Herausforderungen der kommenden Monate sei die Evaluation der Polizeire-



© DPoIG BW

Schon einige Tage vorher hatte er Ute Hillenbrand, die zur JHV leider verhindert war, mit einem Blumenstrauß und einem Gutschein für einen Aufenthalt in der DPoIG-Stiftung offiziell aus dem Kreis der Vorstandschaft verabschiedet. Ute Hillenbrand, die über viele Jahre Geschäftsführerin des Kreisverbandes war, hatte aus per-

form, bei der in jedem der Teilprojekte auch ein Mandatsträger der DPoIG vertreten sei. Für ihn sei erklärtes Minimalziel, die gemischten Standorte, soweit noch vorhanden, zu erhalten und weiterhin zu thematisieren, dass die Zerschlagung der Bereitschaftspolizei im Rahmen der Polizeistrukturreform ein gewaltiger Fehler war.



© DPoIG BW

> Ralf Kusterer (rechts) konnte Jürgen Ohrner (Mitte) für 40-jährige Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft ehren.

Ebenso seien die Stärken und die Verortung von Einsatzeinheiten zu überdenken. Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass Einsatzkräfte innerhalb Baden-Württembergs mehr als zwei Stunden Anfahrt zu Einsätzen zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs zurücklegen müssen. Auch die Einsatzbelastung und die fehlende Planbarkeit für die Einsatzkräfte sind

immer wieder Anlass, sich als Gewerkschaft Gehör zu verschaffen.

Nachdem die Vorstandschaft einstimmig als entlastet erklärt war, wurden Neuwahlen durchgeführt. Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer informierte anschließend über die aktuellen Themen der Landes- und Bundesleitung. ■

### Die Wahlen ergaben nachfolgendes Ergebnis:

Vorsitzender	Ingo Tecquert
Stellvertretender Vorsitzender	Rolf Schindwein
Geschäftsführer	André Schmitteckert
Schatzmeisterin	Patricia Jörg
Beisitzer	Philip Hund Dominik Zimmerer
Kassenprüfer	Jürgen Ohrner Jürgen Ritz

## Politikbrunch der JUNGEN POLIZEI

Die Spitzen der Parteijugendorganisationen trafen sich am 19. Oktober 2016 mit der Landesleitung der JUNGEN POLIZEI (JuPo) zu einem Brunch, bei dem angeregt über aktuelle sicherheitspolitische Themen diskutiert wurde. Neben Lena Christin Schwelling, der Landessprecherin der GRÜNEN JUGEND, nahm von den Jusos auch der Landesvorsitzende Leon Hahn sowie dessen Stellvertreter Lukas Hornung und der Stellvertretende Bundesvorsitzende der JUNGE CDA, Manfred Benedikter, teil.

Nach der Begrüßung durch den Landeschef der JuPo, Michael Haug, stellte der weltweit für die Ausbildung von Polizeien und Sicherheitsunternehmen tätige Michael Radner das Distanz-Elektroimpulsgerät (kurz DEIG beziehungsweise Taser) vor. Die Einführung des Tasers im polizeilichen Einzeldienst wird von der JuPo seit Langem gefordert und findet zunehmend auch in politischen Kreisen mehr Gehör. Zahlreiche Vorteile des Tasers konnten erörtert und Vorurteile genommen werden. Oliver Müller, Stellvertreter der JuPo, welcher

den Taser bereits im Selbstversuch getestet hat, konnte darüber hinaus anschaulich von seinen Erfahrungen berichten. Dabei ist die genaue Funktions- und Handhabungsweise dieser Distanz-Elektroimpulsgeräte in politischen Kreisen noch weitgehend unbekannt.

Dass bei der polizeilichen Mannausstattung der einzelnen Beamten eine Lücke zwischen dem Einsatz der Distanzwaffen Pfefferspray und Schusswaffe klafft, konnten die politischen Vertreter selbst feststellen. Mittels Übungs-pfefferspray konnten die Gäste selbst eine Zielübung durchführen, was, wie sich Benedikter äußerte, „gar nicht so leicht als gedacht“ ist.

Neben dem Thema Taser wurden auch weitere relevante Themen wie die personelle Ausstattung der Polizei, die probeweise Einführung der Bodycam, sowie die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte in geschlossenen Einheiten angesprochen. Hierzu äußerte die Vertreterin der GRÜNEN JUGEND, Lena Christin Schwelling: „Das Thema Kennzeich-



► Safije Leone, Oliver Müller, Melanie Mast (alle JuPo), Manfred Benedikter (JUNGE CDA), Michael Haug, Julian Pels (beide JuPo), Lena Christin Schwelling (GRÜNE JUGEND), Leon Hahn, Lukas Hornung (beide Jusos) (von links).

nungspflicht ist für die nächsten fünf Jahre vom Tisch“, was auf großen Zuspruch seitens der JuPo stieß.

Im Rahmen der Diskussionen wurden auch unterschiedliche Ansichten deutlich, welche in der gemütlichen Atmosphäre des Brunchs intensiv diskutiert werden konnten. Der Austausch machte vor allem deutlich, dass der durch die JuPo begonnene Dialog mit den Jugendorganisationen der Parteien richtig und wichtig ist und weiter intensiviert werden muss, so Michael Haug.

Zum Abschluss der Veranstaltung äußerte Hahn: „Für uns Jusos ist es wichtig, direkt mit den betroffenen Menschen und Gruppen zu sprechen und nicht über sie. Wir haben eindrucksvoll gezeigt bekommen, mit welchen Mitteln die vielen Polizistinnen und Polizisten im Land Tag für Tag unterwegs sind und auf Gefahrensituationen reagieren müssen. Dies hilft uns, ein besseres Verständnis für die Arbeit dieser Menschen zu entwickeln und welche Anforderungen an die Politik bestehen. Das wird uns in jedem Fall in Erinnerung bleiben.“

## Kreisverband Mannheim ist „komplett“ und für Arbeit im Bezirksverband Kurpfalz vorbereitet



► Die geehrten Mitglieder des KV Mannheim mit Ralf Kuster (zweiter von rechts).

Der Kreisverband Mannheim führte am 11. Oktober 2016 seine Jahreshauptversammlung durch. Auch in diesem Jahr konnte erneut eine stattliche Zahl an Mitgliedern, der Ehrenvorsitzende Egon Manz und der Landesvorsitzende Ralf Kuster begrüßt werden. Freuen konnte man sich über die Teilnahme und Unterstützung der Kooperationspartner von der BBBank (Direktor Herr

Nagel und Herr Jakobi) und dem BGV (Direktor Herr Fries und Frau Stöckl). Nach Bestätigung der Tagesordnung folgten die Berichte des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und des Kassenprüfers. Da es keinerlei Beanstandungen gab, erfolgte auf Antrag von Egon Manz die Entlastung des Vorstandes. Satzungsgemäß waren Nachwahlen von Vertretern für Senioren und für



Frauen erforderlich. Als Seniorvertreter wurde Herbert Adam und als Frauenvertreterin Andrea Ries einstimmig gewählt.

Als ein erfreulicher Höhepunkt erfolgte die Ehrung zahlreicher Kolleginnen und Kollegen anlässlich ihrer 25-jährigen oder ihrer 40-jährigen Zugehörigkeit in einer demokratischen Gewerkschaft. In diesem Jahr wurden zudem noch längere Mitgliedszeiten geehrt. **Geehrt wurden Herbert Adam und Franz Erbs (50 Jahre), Anton Biber und Gerold Ofenloch (52 Jahre), Peter Kußmann (53 Jahre), Wulf Mappes (55 Jahre), Udo Vobis (56 Jahre)**

**und Kurth Barth sogar für 60 Jahre Mitgliedschaft.**

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer berichtete über die aktuelle Arbeit auf Landesebene, insbesondere über die Umsetzung der Evaluation zur Polizeireform, wobei er engagiert beteiligt sein wird. Ralf Kusterer bedankte sich ausdrücklich für die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Mannheim.

Der anschauliche Mitgliederzuwachs, seit der letzten JHV, spricht ebenfalls für die Arbeit im Kreisverband Mannheim. Außerdem begrüßte er die Entscheidung von Egon Manz, sei-

**Die Wahlen ergaben nachfolgendes Ergebnis:**

Vorsitzender	Dirk Neitzke
Stellvertretender Vorsitzender	Michael Schöfer
Stellvertretender Vorsitzender	Eike Reimann
Stellvertretender Vorsitzender	Horst Mayfahrt
Stellvertretende Vorsitzende	Jutta Schulz
Geschäftsführer	Günter Troschka
Schatzmeister	Kurt Sandrisser
Schriftführerin	Mirjam Schmidt
Kassenprüfer	Ralf Wusterhausen
Tarifbeauftragter	Michael Schöfer, Eike Reimann (Stellvertreter)
Vertreterin JUNGE POLIZEI	Mirjam Schmidt
Seniorenbeauftragter	Herbert Adam
Frauenbeauftragte	Andrea Ries

ne Arbeitszeit noch um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Nach den Grußworten von Direktor Nagel (BBBank) und Di-

rektor Fries (BGV) erfolgten die Schlussworte des Vorsitzenden, welche direkt in ein gemütliches Beisammensein bei bester Verpflegung mündeten. ■

Jahreshauptversammlung beim Präsidialverband PTLs Pol

# Ohne Technik, Service und Logistik geht nichts in der Polizei

Am 10. Oktober 2016 fand im PTLs Pol die Jahreshauptversammlung statt. Genauer gesagt die erste Jahreshauptversammlung eines Präsidialverbandes. Nachdem der Landeskongress die Möglichkeit zur Bildung von Präsidialverbänden geschaffen hatte, beschloss der Landesvorstand am 3. Dezember 2015 den Kreisverband PTLs Pol zum Präsidialverband umzuwidmen. Der am 17. Juli 2016 gegründet ehemalige Kreisverband führte nun seine Jahreshauptversammlung durch und setzte damit erstmals die Regularien eines Präsidialverbandes um. Die Bedeutung des Präsidialverbandes zeigte sich an den Teilnehmern, die tatsächlich aus dem ganzen Land kamen. Und dies sollte sich auch bei den anstehenden Wahlen niederschlagen:

Bei seinem Bericht erläuterte der Vorsitzende Michael

Haug, welche Probleme beim PTLs Pol bestehen. Nicht zuletzt auch durch eine veränderte Technikorganisation des Landes, die mit BIT BW auch in den Aufgabenbereich des PTLs Pol eingegriffen hatte. Sein Stellvertreter machte dabei deutlich, dass man es als fatal erachte, wenn die Polizei „den Hut“ nicht aufbehalte. Die Fachlichkeit und den polizeispezifischen Problemen und Anforderungen muss Rechnung getragen werden. Für den gewerkschaftspolitischen Diskurs war der Landesvorsitzende Ralf Kusterer ins Präsidium gekommen. Neben vielen individuellen Fragen und Themen, die unmittelbar die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des PTLs Pol betreffen, streifte er dabei auch die landesweiten Entwicklungen. Kusterer unterstrich dabei den hohen Stellenwert aller Beschäftigten, unabhängig

**Die Wahlen ergaben nachfolgendes Ergebnis:**

Präsidialverbandsvorsitzender	Michael Haug (Stuttgart)
Stellvertretender Präsidialverbandsvorsitzender	Hubert Waldvogel (Freiburg)
Geschäftsführer	Michael Wiesinger
Schatzmeister	Heiner
Tarifbeauftragter	Francesco Brancato
Kassenprüfer	Heinrich Prinz und Stefan Schmidt

des Beschäftigtenstatus. Wichtig ist, und das merke man am PTLs Pol, dass man gute Mitarbeiter/-innen nur bekommt, wenn man entsprechende Angebote macht. Für ein Trinkgeld arbeitet in Stuttgart heute niemand mehr. Und schon gar nicht, wenn Wirtschaftsunternehmen für dieselbe Tätigkeit und Vorbildung ein vielfaches mehr bezahlen. Dabei dürfen sich die Mitglieder im PTLs Pol über ein engagiertes DPoIG-Team freuen, das auch

in Zukunft das PTLs Pol im Blick hat und in den gewerkschaftspolitischen Fokus bringt. ■